

An
die Vorsitzende des
UA Abrüstung des Deutschen Bundestages
Uta Zapf MdB

Landmine.de ist ein Aktionsbündnis von Brot für die Welt, Christoffel Blindenmission, Deutsche Kommission Justitia et Pax, Deutsche Welthungerhilfe, Deutscher Caritasverband, Diakonisches Werk der EKD, EIRENE-International, Handicap International, Kindernothilfe, medico international, Misereor, OXFAM-Deutschland, Pax Christi, Solidaritätsdienst International (SODI), terre des hommes, UNICEF-Deutschland

Mittwoch, 31. Januar 2007

Sehr geehrte Frau Zapf,

mit großem Interesse haben wir am 19.10.06 die Rede von Außenminister Steinmeier im Deutschen Bundestag verfolgt, in der er angekündigt hat, dass die Bundesregierung sich weiterhin gegen Antifahrzeugminen engagieren und sich für ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Streumunition einsetzen will.

Im Auftrag der Trägerorganisationen von Aktionsbündnis Landmine.de möchte ich Sie im Vorfeld der OSLO CONFERENCE ON CLUSTER MUNITIONS (22.-23.2.2007) hiermit bitten, sich für die Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskontrolle von Streumunition auch außerhalb des VN-Rahmens einzusetzen.

Leider hat sich in der Vergangenheit die VN-Waffenkonvention als wenig geeignetes Forum erwiesen, um die humanitären Probleme, die mit dem Einsatz von Streumunition und Landminen verbunden sind, angemessen zu adressieren. Deshalb kommt der aktuellen Initiative der norwegischen Regierung aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zu. Auch wenn wir mit Sorge beobachten, dass die Bundeswehr grundsätzlich an Streumunition festhalten will, begrüßen wir die Bemühungen der Bundesregierung in Bezug auf die Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskontrolle von Streumunition. Wir sehen aber darüber hinaus zusätzlichen Handlungsbedarf. Die Bundesregierung ist aufgerufen, die historische Chance der Osloer Konferenz zu nutzen, um – wie vom Europäischen Parlament mehrfach gefordert - für ein Moratorium zu werben, welches die Verwendung, Lagerung, Herstellung, Verbringung und Ausfuhr von Streumunition verbietet, bis ein umfassendes internationales Übereinkommen ausgehandelt ist. Ein wichtiger Schritt hierzu wäre, wenn auf nationaler Ebene noch in der laufenden Legislaturperiode - möglichst fraktionsübergreifend - ein Gesetz zum Verbot von Streumunition verabschiedet würde. Hierfür möchten wir um Ihre Unterstützung bitten.

Aktuelle Studien kommen zu dem Schluss, dass 98 Prozent aller dokumentierten Unfälle mit Streumunition die Zivilbevölkerung betreffen. Dies sollte uns alle in unserem Engagement gegen Streumunition nur noch bestärken. Das Aktionsbündnis Landmine.de wird die Interessen der deutschen Nichtregierungsorganisationen bei der Oslo Konferenz vertreten.

Auch mit Blick auf die gegenwärtige deutsche EU-Ratspräsidentschaft bitten wir Sie, die Umsetzung derjenigen Resolutionen des Europäischen Parlamentes zu befördern, die innerhalb der EU dazu aufrufen, Moratorien für die Verwendung, Lagerung, Herstellung, Verbringung und Ausfuhr von Streumunition zu installieren.

Direktor
Thomas Küchenmeister
Tel.: +49 (0)30/32661681
Fax: +49 (0)30/428 016 88
Mobil: +49 (0)175/496 408 2
Email: thomas@landmine.de

Wir halten es zudem für dringend erforderlich, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft auch die Universalisierung der Ottawa Konvention zu thematisieren. Wie Sie wissen, haben immer noch nicht alle EU-Mitgliedsstaaten die Konvention unterschrieben bzw. ratifiziert.

Darüber hinaus böte die deutsche Präsidentschaft aus unserer Sicht eine gute Gelegenheit, um für die Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskontrolle von Antifahrzeugminen zu werben. Der Landmine Monitor verweist auf die steigende Zahl (26) derjenigen Ottawa-Vertragsstaaten, die auch Antifahrzeugminen durch den Ottawa-Vertrag als verboten betrachten. In Einklang mit dem IKRK und dem Europäischen Parlament betrachtet das Aktionsbündnis Landmine.de alle Minen, die von Personen ausgelöst werden können, als Antipersonenminen und damit als durch die Ottawa Konvention verboten. Wir haben uns sehr gefreut zu erfahren, dass jetzt auch das Auswärtige Amt diese Sichtweise teilt.

Dringend erforderlich erscheint es uns in diesem Zusammenhang, für diese Position nicht nur im Rahmen EU-Ratspräsidentschaft und der Konferenzen der Ottawa Konvention, sondern auch in Bezug auf Abrüstungsresolutionen der VN-Generalversammlung (UNGA) zu werben.

Ausdrücklich haben wir die Ankündigung der Bundesregierung begrüßt, die Minenbestände der Bundeswehr schrittweise abzubauen. Leider ist nicht beabsichtigt, vollständig auf Minen zu verzichten, die von Personen ausgelöst werden können. Laut Materialamt der Bundeswehr verfügt die AT-2 Mine z.B. über eine Aufhebesperre, die jede Lageveränderung registriert, was die Auslösung der Mine zur Folge hat. Laut Bundesverteidigungsministerium sollen Minen auch weiterhin ein wesentliches Mittel zur Auftragserfüllung der Bundeswehr bleiben, was hochmobile Auslandseinsätze sowie den Kampf gegen den internationalen Terrorismus einschließt. Wir halten eine solche Entscheidung unter humanitären Gesichtspunkten für inakzeptabel.

Das Aktionsbündnis Landmine.de steht Ihnen sehr gern für Rückfragen und den weiteren Gedankenaustausch zur Verfügung. Wir hoffen, auch zukünftig gemeinsam mit Ihnen dazu beitragen zu können, dass Landminen und Streuwaffen aus der Welt geschafft werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Küchenmeister

Eine Kopie dieses Schreibens geht an

Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul
Bundesminister Dr. Franz Josef Jung
MdB Volker Beck
MdB Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
MdB Elke Hoff
MdB Harald Leibrecht
MdB Dr. Rolf Mützenich
MdB Winfried Nachtwei
MdB Paul Schäfer
MdB Christoph Strässer
MdB Florian Toncar